

Antrag 179/I/2022**Abt. 10/08 Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Energiepreis-Entlastungsmaßnahmen sozial gerecht ausgestalten**

1 Die in dem Entlastungspaket der Bundesregierung vorge-
2 sehene Energiepauschale ist ein gutes Instrument um ge-
3 stiegene Energiepreise zu kompensieren. Geplant ist, al-
4 len einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen die En-
5 ergiepauschale von einmalig 300 Euro zu zahlen, aber Per-
6 sonen in Ausbildung (Studierende und Azubis) sind davon
7 bisher ausgenommen. Aus Gerechtigkeitsgründen sollte
8 die Energiepauschale allen Personen in Ausbildung (Stu-
9 dierende und Azubis) mit eigenem Hausstand zugute-
10 kommen.

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Ersetzungsantrag für die Anträge 179/I/2022 und 181/I/2022 zu Forderungen nach Energie-Entlastung für Menschen in Ausbildung sowie Menschen im Ruhestand

Energiepreis-Entlastungsmaßnahmen sozial gerecht ausgestalten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung auf, sich umgehend für eine Prüfung und Umsetzung von geeigneten Energiepreis-Entlastungsmaßnahmen, auch für Rentner:innen, Soloselbstständige sowie Menschen in Ausbildung (Studium oder Azubis) mit geringen oder keinen Einkünften, einzusetzen.

Eine ausreichende und bezahlbare Energieversorgung ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Die preislichen Auswirkungen der aktuellen Umstellung der Energieinfrastruktur müssen abgedeckt werden. Die in dem Entlastungspaket der Bundesregierung vorgesehene Energiepreispauschale ist ein gutes Instrument um gestiegene Energiepreise zu kompensieren. Jedoch hat der Bund noch nicht für alle Menschen mit geringem Einkommen, welche besonders von den aktuellen Energiepreisteigerungen betroffen sind, notwendige und wichtige Entlastungsschritte beschlossen. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sollte in der Ausgestaltung der Energiepreispauschale daher nachgesteuert werden.